

PRESSEMITTEILUNG

Joshua Frey, MdL

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Haager Str. 14, 79539 Lörrach
Tel.: +49 (7621) 16 52 68
Fax: +49 (7621) 16 05 202
Mail: kontakt@joshua-frey.de
Homepage: www.joshua-frey.de
Facebook:
www.facebook.com/JoshaFreyMdL
Twitter: twitter.com/JoshaFrey

Lörrach, 8. März 2016

Willkommenskultur im Landkreis Lörrach

Joshua Frey dankt FlüchtlingsbetreuerInnen

Nachdem der Lörracher Landtagsabgeordnete Joshua Frey (GRÜNE) in den vergangenen Monaten nahezu alle Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Lörrach besucht hatte, sucht er nun das Gespräch mit einem einzigartigen Projekt im Landkreis Lörrach, das von der Diakonie und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge getragen wird. Geschäftsführer Michael Schmitt-Mittermeier gab hierzu mit der Projektleiterin Seher Donner einen informativen Überblick.

Da durch die große Zahl an Flüchtlingen nicht alle eine persönliche Erstinformation für ihr Asylverfahren erhalten, wurde ein Pilotprojekt gestartet, das hauptsächlich vom ESF (Europäischer Sozialfond) finanziert wird. Dieses soll bis April 2018 unter anderem über einen Barcode für alle Flüchtlinge an der gesamten deutschen Rheinschiene online die wichtigsten Informationen über die Abläufe beim Asylverfahren in sieben verschiedenen Sprachen bereitstellen. Dies würde nicht nur bei den Flüchtlingen für Klarheit sorgen, sondern bietet auch den MitarbeiterInnen und freiwilligen HelferInnen eine Orientierungsgrundlage. Seit kurzem gibt es auch die „Ankommen-App“, die in verschiedenen Sprachen kostenlose Hilfe auf Fragen, z.B. beim Ablauf des Asylverfahrens, Antworten gibt.

Im weiteren Gespräch wurde von der Fachbereichsleiterin Christina Hopfner der pragmatische Umgang des Landkreises Lörrach auf Verwaltungsebene mit den Flüchtlingen gelobt. Einzig genügend Fachpersonal zu finden erweist sich für alle Anstellungsträger als schwierig. Außerdem wird von den GRÜNEN angestrebte Einführung der Gesundheitskarte dringend erwartet, von der ein erheblicher Rückgang von Arbeits- und Verwaltungsaufwand erwartet wird.

Kritisch wird eine Wohnsitzpflicht für anerkannte Flüchtlinge gesehen, wenn diese in abgelegenen kleinen Dörfern untergebracht werden, da dort die öffentliche Verkehrsanbindung oft unzureichend ist. Doch gäbe es noch einige Abläufe, die verbessert werden können, wo das Pilotprojekt Hinweise geben kann. Oft werden die Flüchtlinge mit den auszufüllenden Anträgen in deutscher Sprache alleine gelassen oder bekommen aufgrund fehlender Unterlagen und Missverständnissen keine Leistungen. „Es muss auf allen Verwaltungsebenen die jeweils amtsbezogene Beratungsinformationspflicht der Behörden eingefordert werden, wenn dieser nicht in ausreichendem Maße nachgegangen wird,“ fordert der Grüne Sozialpolitiker Joshua Frey.